

Bischofsmesse für Ustascha verboten.

Wie das Gedenken am Loibacher Feld heuer aussehen wird, ist offen – eine Bischofsmesse wurde untersagt.

Mehr als 30.000 Besucher sollen es im Jahr 2015 gewesen sein, zumindest 10.000 sind für 2018 verbürgt, die am Totengedenken am Loibacher Feld teilgenommen haben. Was dem Namen nach nichts Verwerfliches ist, hat sich in den letzten Jahren jedoch zu einer nationalen Kundgebung entwickelt – mit nazistischen Zwischentönen. Als Ustascha-Treffen wurde es bezeichnet, manche Beobachter sprachen vom größten Aufmarsch Rechtsextremer in Mitteleuropa. Verbürgt sind neun Anzeigen wegen des Verbotsgesetzes 2018, denen fünf Verurteilungen folgten.

Dass die Veranstaltung offiziell unter der Patronanz der Katholischen Kirche Kroatiens ablief und traditionell ein kroatischer Bischof die Messe las, im Vorjahr war es Želimir Puljić, Erzbischof von Zadar, sorgte zusehends auch für Verstimmung in der Katholischen Kirche Kärntens. Denn diese musste als Ortskirche die Messe des kroatischen Bischofs genehmigen – was heuer definitiv nicht erfolgen wird. „Die Messe ist Teil einer Veranstaltung, die politisch instrumentalisiert und Teil eines politisch-nationalen Rituals ist, das einer selektiven Wahrnehmung und Deutung von Geschichte dient“, erklärt Diözesanadministrator Engelbert Guggenberger. Würde man die Messe genehmigen, könnte man der Kirche „zu Recht unterstellen, sie würde die Instrumentalisierung eines Gottesdienstes zu politischen Manifestationen dulden und die entsprechende Distanz zu faschistischem Gedankengut vermissen lassen“.

Was diese Entscheidung für das Treffen – in diesem Jahr hätte es eine Woche später als üblich am 18. Mai stattfinden sollen – bedeutet, vermag noch keine Behörde abzuschätzen. Kirchenrechtlich könnte nämlich ein gewöhnlicher Priester – und eben nicht ein Bischof – eine Messe am Loibacher Feld lesen, die Gedenkstätte befindet sich auf Privatgrund. Eine Veranstaltungsanmeldung liegt bisweilen nicht vor. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) begrüßte die Entscheidung und will „alle Möglichkeiten prüfen, die Veranstaltung zu unterbinden“.

Die Kroatische Bischofskonferenz kritisierte die Entscheidung scharf. Man sieht darin eine „Respektlosigkeit gegenüber den Opfern und mangelndes Feingefühl für das Leiden der Unschuldigen“.

Kleine Zeitung (Thomas Cik), 9.3.2019, S.20.